Freitag, 8. Februar 2008

Erklärung der evangelischen Freikirchen zur Frage von Kampftruppen in Afghanistan

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Jung,
sehr geehrter Herr Außenminister,
sehr geehrte Frau Bundesministerin Wieczorek-Zeul,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des 16. Deutschen Bundestages,

mit Sorge verfolgen wir die Pressemeldungen zur Frage einer militärischen Umverteilung in Afghanistan anlässlich der NATO-Verteidigungsminister-Konferenz in Vilnius/Litauen. Im Rahmen dieser Diskussionen wird die Deutsche Bundesregierung aufgefordert, mehr Bundeswehr-Truppen zu schicken und die Beschränkungen, diese ausschließlich im Norden Afghanistans einzusetzen, aufzuheben. Diese Forderung wurde vom Bundesverteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung zurückgewiesen. Das begrüßen wir ausdrücklich!

Ebenfalls tief besorgt sind wir über die Not der Menschen in Afghanistan. Diese Not ist durch das militärische Eingreifen der NATO nicht gelindert worden. Der zivilgesellschaftliche Aufbau gelingt nur in ganz vereinzelten Ansätzen und das Vertrauen der Menschen schwindet zusehends. Wir vermissen deutlichere Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft bezüglich der Verpflichtungen im Abschlussdokument der Londoner Afghanistan-Konferenz (Afghanistan Compact) im Januar 2006: Darin verpflichteten sich sowohl die afghanische Regierung als auch die internationale Gemeinschaft zur Schaffung von Bedingungen, die es dem afghanischen Volk ermöglichen sollen, in Frieden und Sicherheit unter einer Rechtsordnung zu leben, die den Schutz einer Regierungsgewalt und der Menschenrechte für alle bietet, und ein ökonomisches und soziales Gedeihen im Lande unterstützt.

Die Aufstockung von Kampfverbänden führt nicht dazu, den Menschen eine wirtschaftliche Perspektive zu bieten. Ohne diese Perspektive wird es schier unmöglich für Dorfälteste und Stammesführer sein, junge Männer davon abzuhalten, sich u.a. in Pakistan zu Taliban-Kämpfern ausbilden zu lassen. Ein enger Kontakt zur Bevölkerung, zu den Ältesten und Mullahs kann wie wir alle wissen nicht durch Kampfverbände hergestellt werden. Im Gegenteil: In einem Land, das jahrzehntelang von Gewalt und Krieg erschüttert wurde, ist eine nochmalige Erhöhung der Truppenstärken und Waffenarsenale kontraproduktiv, weil es keine schnellen Gewalt-Lösungen geben kann. Vielmehr wird die Gewaltspirale weiter hoch geschraubt und es steht zu befürchten, dass dies in ähnliche Ausweglosigkeiten wie im Irak führen wird.

Daher bitten wir Sie inständig, bei Ihrem Nein zur Anfrage der NATO zu zusätzlichen Kampftruppen und Einsätzen im Süden Afghanistans zu bleiben. Ebenfalls bitten wir dringendst um eine Überprüfung des gesamten Afghanistan-
Engagements, um eine umfassende Analyse der bisherigen Bemühungen im zivilen Bereich im Lichte des Afghanistan Compact und um die stärkere Fokussierung auf das Feld der zivilen

Konfliktbearbeitung als Querschnittaufgabe der unterschiedlichen beteiligten Ressorts.

Der Beirat des Mennonitischen Friedenszentrums Berlin
Pastorin Martina Basso, Berlin

VEF - Der Beauftragte am Sitz der Bundesregierung
Pastor Peter Jörgensen, Berlin